



World Food Programme  
Programme Alimentaire Mondial  
Programa Mundial de Alimentos  
برنامج الأغذية العالمي

**Deutscher Bundestag**

Ausschuss für Menschenrechte  
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache  
19(17)37

SAVING  
LIVES  
CHANGING  
LIVES

**Anhörung in der 26. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe:  
„Bericht der Bundesregierung über die deutsche humanitäre Hilfe im Ausland 2014-2017,  
20. März 2019**

**Stellungnahme zum Fragenkatalog der Fraktionen**

**A) Strategische Herausforderungen und Orientierungen**

*Frage A1. Um den gewachsenen Herausforderungen humanitärer Hilfe durch die Vielzahl und langanhaltende Dauer humanitärer Krisen gerecht werden zu können, bedarf es des vorausschauenden Einsatzes verschiedener Instrumente. Welche Instrumente kamen im Berichtszeitraum zum Einsatz, wie können diese zukünftig gestärkt und eine Steigerung ihrer Effektivität und Effizienz erreicht werden? Welcher Instrumente bedarf es darüber hinaus? (CDU/CSU)*

Akteure der humanitären Hilfe sehen sich stetig wachsenden Herausforderungen gegenübergestellt. Nach Angaben des Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs/OCHA) werden 2019 fast 132 Millionen Menschen in 42 Ländern auf humanitäre Hilfe angewiesen sein, 31 Millionen mehr als im vergangenen Jahr (OCHA GHO 2019: 4). Grund hierfür sind Kriege und Konflikte, aber auch die Folgen des Klimawandels und von Naturkatastrophen. Um diese Menschen in ihrer Notlage adäquat unterstützen zu können, bedarf es allein für 2019 USD 22 Milliarden für das humanitäre System; meist werden aber nur rund 60 Prozent der Mittel global zur Verfügung gestellt.

Vor allem aber bedarf es politischer Lösungen sowie innovativer, zukunftsorientierter und umfassender Ansätze, um diesen Herausforderungen besser gerecht zu werden. Deshalb bewegen sich Akteure wie WFP zunehmend entlang des Nexus von kurzfristiger humanitärer Hilfe, längerfristigen Entwicklungsmaßnahmen sowie friedenspolitischer Diplomatie. Humanitäre Hilfe rettet Leben, Entwicklungszusammenarbeit und Resilienz stärkende Maßnahmen bilden eine Zukunftsperspektive und deren Kombination kann friedensstärkende Ergebnisse herbeiführen.

Die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ der Bundesregierung sind der Referenzrahmen und geben die Orientierung für eine gute Abstimmung zwischen den Ressorts der Humanitären Hilfe und der Krisenprävention/Stabilisierung im Auswärtigen Amt und der Übergangshilfe im BMZ, sowie für die Verzahnung ihrer Ansätze.

Eine vorausschauende humanitäre Hilfe darf nicht nur auf Krisen reagieren, sondern muss Herausforderungen proaktiv und mit innovativen Ansätzen angehen. Dies heißt, absehbare und potentielle Krisen früh erkennen, humanitäre Bedarfe vorhersehen und durch strategische Maßnahmen die Folgen von Krisen und Katastrophen reduzieren. In diesem Zusammenhang ist das Engagement der Bundesregierung sehr zu begrüßen.

Durch das *Klima-Maßnahmenpaket zur verbesserten Vorbereitung auf die humanitären Folgen zunehmender Extremwettergefahren* setzt sich Deutschland beispielsweise gezielt für eine vorausschauende und somit effizientere humanitäre Hilfe ein.



Als Teil des Maßnahmenpaketes setzen das WFP, die Welthungerhilfe und die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes die Initiative „*Forecast-based Financing*“ (vorhersagebasierte Finanzierung von Risikoreduktionsmaßnahmen) um. Wetterdesaster wie häufigere und stärkere Überschwemmungen, Dürren und Stürme verursachen bzw. beeinflussen mittlerweile bis zu 90 Prozent aller Naturkatastrophen in einem Jahr. In deren Folge können sich schnell massive Ernährungskrisen entwickeln. Doch auf Grundlage von wissenschaftlichen Vorhersagen kann die Eintrittswahrscheinlichkeit von Extremwetterereignissen für bestimmte Regionen bis zu sechs Monate im Voraus bestimmt werden. Die Initiative zielt darauf ab, gezielt Risiken vor einer Katastrophe zu verringern. Es werden Maßnahmen finanziert, die einer verbesserten *Preparedness for Response* dienen, welche also die Folgen einer Katastrophe eindämmen, das Katastrophenmanagement effizienter gestalten sowie die Kosten von Nothilfe-Maßnahmen erheblich reduzieren.

Ein eindrucksvoller Pilotversuch von WFP in Nepal hat gezeigt, dass mit *Forecast-based Financing* die Kosten für die Nothilfe für 175.000 Menschen in hochwassergefährdeten Gebieten von 32 Millionen US-Dollar auf nur 10 Millionen US-Dollar gesenkt werden konnten. Wie sah das konkret aus? Der Hochwasseralarm erreichte Betroffene 15 Tage statt 5 Stunden vorher, und wesentlich weniger Menschen waren unvorbereitet betroffen. Die Nothilfe war aufgrund der vereinbarten und geübten Abläufe und Maßnahmen schneller und effizienter, die Infrastruktur wurde weniger stark beschädigt. Die Menschen konnten ihre Lebensgrundlagen rechtzeitig schützen und schneller mit dem Wiederaufbau beginnen.

Für WFP heißt die praktische Umsetzung der vorhersagebasierten Finanzierung von Risikoreduktionsmaßnahmen (FbF) unsere langjährige Expertise im Bereich humanitäre Hilfe, humanitäre Logistik und Krisenmanagement auf innovative Art und Weise anzuwenden und bereits vor dem Eintritt einer Katastrophe einzusetzen. Zudem stellen wir unser Knowhow auch Partnern und lokalen Regierungen zur Verfügung, um lokale Prozesse der Katastrophenvorhersorge zu stärken und nationale soziale Sicherheitsnetze so umzustrukturieren, dass im Falle einer Krise vulnerable Menschen umgehend erreicht werden können.

Im Sinne eines effizienteren und effektiveren Einsatzes vorhandener Mittel sollte diese Art der innovativen, vorausschauenden und kosteneinsparenden humanitären Hilfe ausgebaut werden. Denn auch in der humanitären Hilfe gilt: Je früher auf ein Risiko reagiert wird, umso besser und effizienter sind die Ergebnisse und im Falle einer Klimakatastrophe sollte erst gar nicht auf die Katastrophe gewartet werden. Eine Rechnung veranschaulicht den Vorteil eindrucklich: Jeder Euro, der in die Katastrophenvorsorge und das Risikomanagement gesteckt wird — etwa in Frühwarnsysteme, bessere Wettervorhersagen und schützende Infrastruktur wie Dämme — spart bis zu vier Euro in der humanitären Hilfe nach der Katastrophe. Dank *Forecast-based Financing*, also der Finanzierung von Hilfsmaßnahmen auf Basis von Prognosen, können sich die lokale Bevölkerung und die Helfer gezielt schon vor dem Eintritt des Notfalls helfen. Das WFP kann also das Risiko managen, statt nach dem Schock Nothilfe zu leisten.

Um den Einsatz knapper Ressourcen so effizient und wirksam wie möglich zu gestalten, bedarf es auch innovativer Finanzierungsmechanismen: Wir brauchen einen Paradigmenwechsel auch auf Seite der internationalen Gebergemeinschaft, um Förderungen bereits vor einer Katastrophe bereitzustellen, so dass wichtige Maßnahmen, die zwischen einer Vorhersage und der akuten Krise/Katastrophe liegen, umgesetzt werden können. Die Bundesregierung setzt sich für diesen Ansatz seit 2011 verstärkt ein. Doch um vorausschauende humanitäre Hilfe konkret umsetzen zu können, müssten global weitere Fördermittel bereitgestellt werden. In diesem Sinne würde es WFP sehr begrüßen, wenn Deutschland auch andere Geber dazu bewegen könnte, seinem Beispiel folgen.



Weitere Instrumente, die eine schnelle Reaktionsfähigkeit humanitärer Akteure gewährleisten, sind humanitäre Gemeinschaftsfonds wie der VN-Nothilfefonds (Central Emergency Response Fund - CERF) oder die humanitären Länderfonds (Country-based Pooled Funds) – CBPF), regionale Krisenfonds sowie organisationsspezifische Vorfinanzierungsmechanismen wie beispielsweise das *Immediate Response Account* von WFP. Zuwendungen für diese Mechanismen sind nicht projektgebunden, sondern können flexibel und bedarfsorientiert eingesetzt werden und ermöglichen es, binnen kurzer Zeit auf Katastrophen und Konflikte zu reagieren. WFP begrüßt es sehr, dass sich die Bundesrepublik im Rahmen des World Humanitarian Summit (WHS) verstärkt für die Unterstützung humanitärer Gemeinschaftsfonds eingesetzt hat. Es wäre sehr wünschenswert, könnte Deutschland auch andere Geber zu solch flexibler und bedarfsorientierter Finanzierungssysteme anregen.

---

*Frage A.2. Spielräume und Akzeptanz einer an humanitären Prinzipien wie Neutralität und Unabhängigkeit orientierten Hilfe nehmen in vielen Krisen ab, der „Shrinking Humanitarian Space“ ist eine wachsende Herausforderung für viele Helfer\*innen. Wie beurteilen Sie die Anstrengungen der Bundesregierung, auf eine Einhaltung der Humanitären Prinzipien international zu drängen und diese durchzusetzen? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Die humanitären Prinzipien wie Neutralität und Unabhängigkeit sind zentrale Grundlagen dafür, dass humanitäre Akteure ihr Mandat ausüben und Menschen in Not schnell und effektiv helfen können. Ihre Einhaltung ist insbesondere in Konfliktregionen essentiell, wo eine Instrumentalisierung von Hilfsgütern durch Konfliktparteien die Wirksamkeit humanitärer Hilfe beeinträchtigen und im schlimmsten Fall Konflikte verschärfen kann.

Für das UN World Food Programme (WFP) bedeutet Neutralität in diesem Zusammenhang, dass wir als Organisation in Konflikten oder in politisch, ethnisch religiös oder ideologisch motivierten Auseinandersetzungen keine Partei ergreifen und unsere Hilfe in solchen Situationen keine bestimmte Seite begünstigt. Unabhängigkeit verstehen wir in erster Linie als operationelle Unabhängigkeit humanitärer Maßnahmen von politischen, wirtschaftlichen, militärischen und anderweitigen Zielen.

Die Tatsache, dass diese und weitere humanitäre Prinzipien zunehmend unter Druck geraten, gefährdet den Handlungsspielraum sowie die Sicherheit der Helfer und Helferinnen vor Ort. Immer öfter geraten sie ins Visier der am Konflikt beteiligten Gruppierungen. So werden Hilfsmaßnahmen durch rechtliche und administrative Hindernisse behindert oder gänzlich blockiert, Helferinnen und Helfern werden Visa vorenthalten, sie werden ausgewiesen, bedroht, und in vielen Fällen sogar angegriffen und getötet. Nach Angaben des Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs/OCHA), sind allein in Jahr 2017 insgesamt 139 humanitäre Helferinnen und Helfer im Dienst ums Leben gekommen. Weitere 174 wurden entführt oder verletzt.

Die beschriebenen Herausforderungen erschweren die humanitäre Hilfe und machen sie kostspieliger. So müssen Hilfsorganisationen beispielsweise verstärkt Maßnahmen zum Schutz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergreifen, was auf Kosten der Menschen in Not geht.

Angesichts der schwerwiegenden Folgen des „shrinking humanitarian space“ begrüßen wir Deutschlands nachdrücklichen Einsatz für einen ungehinderten humanitären Zugang und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts. Zunächst geht die Bundesregierung selbst mit gutem Beispiel voran und hält sich als Geber strikt an die humanitären Prinzipien. Beispielsweise ist Deutschland im Kontext der Syrienkrise dem „Whole-of-Syria“ Ansatz der Vereinten Nationen gefolgt und hat Mittel für humanitäre Hilfe sowohl in von der



syrischen Regierung kontrollierten Gebieten als auch in den Oppositionsgebieten und benachbarten Ländern bereitgestellt. Deutschland gilt in internationalen Foren als Verfechter der humanitären Prinzipien und drängt auch andere Akteure dazu diese ausnahmslos einzuhalten. Hier ist das Engagement der Bundesregierung als aktuell nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen besonders hervorzuheben. Beispielsweise hat Deutschland angekündigt seinen Vorsitz im VN Sicherheitsrat im April als Anlass zu nehmen, um verstärkt Aufmerksamkeit auf die Erhaltung humanitärer Handlungsspielräume und die Einhaltung des humanitären Völkerrechts zu lenken.

Unabhängigkeit im Sinne der humanitären Prinzipien bedeutet auch Unabhängigkeit von Geberinteressen, was Folgen für die Finanzierung von Hilfsmaßnahmen nach sich zieht. Organisationen wie WFP, die über kein festes Budget durch Mitgliedsbeiträge oder ähnliches verfügen, sind auf freiwillige Beiträge der internationalen Staatengemeinschaft und privater Geber angewiesen. Allerdings sind die freiwilligen staatlichen Zuwendungen meist an bestimmte Zwecke gebunden (ca. 94% des WFP-Gesamtbudgets in 2018). Dieses sogenannte „Earmarking“ kann nicht nur den bedarfsorientierten und effizienten Einsatz humanitärer Hilfe, sondern auch ihre operationelle Unabhängigkeit gefährden, wenn beispielsweise in einem Konflikt zwischen zwei Ländern ein Land wesentlich mehr Geberaufmerksamkeit erhält als das andere.

Daher bewerten wir positiv, dass sich Deutschland als Mitglied der *Good Humanitarian Donorship* Initiative und des im Rahmen des World Humanitarian Summit (WHS) verabschiedeten *Grand Bargain* dazu verpflichtet hat, Finanzierung für humanitäre Maßnahmen möglichst flexibel, ungebunden und mehrjährig zu gewähren. Um unsere operationelle Unabhängigkeit zu stärken und auch hier für andere Geber mit gutem Beispiel voran zu gehen, würden wir begrüßen, wenn die Bundesregierung den Anteil flexibler Mittel vis-à-vis gebundener („earmarked“) Mittel stetig weiter ausbauen würde.

Eine weitere Facette des „shrinking humanitarian space“ sind die unbeabsichtigten Folgen von Sanktionsregimen. Beispielsweise können nationale und supranationale Anti-Terror-Gesetze und Sanktionsregimes, den Zugang zu Menschen in Not erschweren oder gar gänzlich unmöglich machen. Im äußersten Fall schränken solche nationalen Sanktionsregimes nicht nur den Handlungsspielraum von Helferinnen und Helfern ein, sondern bergen auch die Gefahr des Missbrauchs für nicht-humanitäre-Zwecke. Aus diesem Grund begrüßen wir, dass die Bundesregierung ihre Beiträge zur humanitären Hilfe an die UN an die multilateralen Sanktionsregime der Vereinten Nationen anlehnt und die Grundsätze der Bedarfsorientierung und Effizienz nicht durch potentiell negative Auswirkungen verschiedener nationaler und supranationaler Regelungen erschwert.

Wir würden es ferner begrüßen, wenn Deutschland sich auch auf EU-Ebene und international dafür einsetzen würde, die geltenden Sanktionsregime (z.B. in den Bereichen Anti-Terror Maßnahmen und wirtschaftliche Sanktionen) aus humanitärer Perspektive zu überdenken und die Aufnahme humanitärer Ausnahmeklauseln zu prüfen. Es besteht ansonsten das Risiko, dass die VN Organisationen durch die Anwendung verschiedener nationaler und supranationaler Sanktionsregimes in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden und sich dies wiederum negativ auf die Reaktionszeit, Effizienz und Effektivität auswirkt.

---

Frage A3. Halten Sie die Schwerpunkte der deutschen humanitären Hilfe sowie die Beiträge der Bundesregierung zur internationalen Hilfe für bedarfsgerecht, richtig priorisiert und zukunftsfähig - wo sehen Sie Reformbedarfe? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum ihr Engagement in der internationalen humanitären Hilfe und dem VN System stark ausgebaut. Aufgrund höherer finanzieller Beiträge ist Deutschland nun zweitgrößter Geber für humanitäre Hilfe und offizielle Entwicklungshilfe, und ist zu einem wichtigen inhaltlichen



Mitgestalter des internationalen humanitären Systems geworden. WFP begrüßt diese Entwicklung, da die humanitären Bedarfe weltweit stetig ansteigen und viele der Schwerpunkte der deutschen humanitären Hilfe sich mit den Prioritäten von WFP und anderen humanitären Akteuren decken.

Desweiteren begrüßt WFP, dass humanitäre Ernährungshilfe ein Schwerpunkt der deutschen humanitären Hilfe in den letzten Jahren gewesen ist, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Zahl der Hungernden wieder gestiegen ist. Die durch die Bundesregierung finanzierte humanitäre Ernährungshilfe im Kontext der Syrienkrise und Jemen, sowie verstärkt auch in Krisen auf dem afrikanischen Kontinent, ist für die Unterstützung bedürftiger Menschen entscheidend. Sie hat 2017 dazu beigetragen, dass eine Hungersnot in Nigeria, Somalia, Südsudan und in Jemen verhindert werden konnte. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die punktuelle Bereitstellung überplanmäßiger Mittel von großer Hilfe ist. Die zusätzlichen Gelder ermöglichen einen schnellen Ausbau humanitärer Hilfsmaßnahmen in akuten Krisen und befähigen humanitäre Akteure in kurzer Zeit auf ansteigende Bedarfe zu reagieren. Weiterhin ist der Ansatz der Bundesregierung, regionale Auswirkungen von Krisen durch regional fokussierte Förderungen zu berücksichtigen, positiv zu betrachten. Er stellt sicher, dass die Mittel flexibel und bedarfsorientiert eingesetzt werden können.

Auch schätzt es WFP sehr, dass Deutschland als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die in 2018 verabschiedete VN Resolution #2417, die Hunger als Konfliktursache und Kriegswaffe anerkennt, weiter auf der Agenda halten möchte. In Kombination mit Armut kann fehlende Ernährungssicherheit die Wahrscheinlichkeit bewaffneter, intensiver Konflikte erhöhen, was wiederum mehr Menschen zur Flucht zwingt und humanitäre Krisen wachsen lässt. Die Bekämpfung des Hungers ist deshalb ein wichtiger Pfeiler im Bestreben nach Frieden und Sicherheit. Ein verstärktes Engagement im Rahmen des sogenannten Humanitarian-Development-Peace Nexus ist deshalb von besonderer Bedeutung, da Ansätze aus Außen- und Entwicklungspolitik in engem Austausch mit der humanitären Hilfe zu Stabilität beitragen können und der Entstehung von humanitären Bedarfen auch entgegenwirken können.

Wichtige Kernelemente einer vorausschauenden und bedarfsorientierten humanitären Hilfe sind die Flexibilität und Planbarkeit von Mitteln, zu denen sich auch die Bundesregierung im Rahmen des beim World Humanitarian Summit (WHS) unterzeichneten *Grand Bargain* verpflichtet hat. WFP schätzt die Bemühungen des Auswärtigen Amtes sehr, diese Verpflichtungen praktisch umzusetzen, beispielweise durch die vermehrte Zusage mehrjähriger Förderungen.

Doch sehen sich humanitäre Akteure oft mit Problemen konfrontiert, die eine bessere Verzahnung von humanitärer Hilfe und längerfristigen entwicklungsfördernden Maßnahmen erfordern. Die Trennlinie zwischen humanitärer, außenpolitischer und entwicklungspolitischer Intervention, ist unscharf. Was ist humanitär, was ist entwicklungsfördernd? Gerade bei anhaltenden Krisen sind die Übergänge fließend und bleiben es für viele Jahre.

In dem Sinne muss das Ziel aus Sicht des WFP in einer guten Ergänzung oder Komplementarität der deutschen Beiträge aus verschiedenen Einzelhaushalten bestehen. Idealtypisch führen flexible Verausgabungsrichtlinien und Verausgabungszeiträume, und die punktuelle Bereitschaft zur Doppelförderung zu geringerem Mitteleinsatz mit besseren Ergebnissen. Ob dazu ggf. geltende haushaltsrechtliche Regeln angepasst werden müssten, liegt in der Bewertung und Verantwortung von Bundestag und Bundesregierung.

Eine solche Änderung könnte weitreichende und konkrete positive Folgen haben: WFP könnte den Zeitpunkt für den Ankauf von Nahrungsmittel auf dem (Welt-)Markt in Anbetracht von Preisschwankungen besser



anpassen und Kosten sparen. In Kontexten wie Syrien, Jemen oder Südsudan könnte die Planung für den oft langwierigen Transport verbessert, sowie die Vorratslagerhaltung, das sogenannte *pre-positioning* von Gütern erleichtert werden, was bei der Durchführung der Hilfsmaßnahmen zu einer Reduzierung der Kosten führt. Wenn im Südsudan Nahrungsmittel und Güter vor der Regenzeit rechtzeitig gelagert werden, können diese während der Regenzeit über Landwege leichter verteilt werden und es werden keine Luftabwürfe mit Flugzeugen benötigt, die vergleichsweise zwischen acht und zwölf Mal so teurer sind.

---

## **B) Instrumente zur Umsetzung von humanitärer Hilfe**

*Frage B1. Aufgrund der steigenden Zahl von in Konflikten involvierten Akteuren, stellt sich der Zugang zu den Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, als eine wesentliche Herausforderung dar. Welche Rolle messen Sie humanitärer Diplomatie zu, welche Unterstützung kann von staatlicher Seite gegeben werden und wie können Hilfsorganisationen in diese eingebunden werden? (CSU/CDU)*

Auf Basis des humanitären Völkerrechts und der humanitären Prinzipien sollte der ungehinderte Zugang zu bedürftigen Bevölkerungsgruppen in Krisensituationen für humanitäre Akteure gewährleistet sein. „Zugang“ umfasst in diesem Zusammenhang sowohl die Bewegungsfreiheit von humanitären Helfern und Gütern, als auch die Möglichkeit betroffener Bevölkerungsgruppen die ihnen gebotene humanitäre Hilfe anzunehmen. Weiterhin bezieht sich das Konzept auf den Zugang zu den betroffenen Gebieten um a) humanitäre Bedarfe festzustellen; b) darauf basierend die am besten geeigneten humanitären Maßnahmen auszuwählen; c) bei der Durchführung der Aktivitäten sicherzustellen, dass die humanitären Hilfsleistungen bedarfsorientiert umgesetzt sowie internationale humanitäre Standards und Prinzipien von Mitarbeitern und Partnern eingehalten werden; und d) auf die Erfolgskontrolle.

In vielen Fällen wird das internationale humanitäre Recht nicht respektiert und humanitäre Akteure haben in vielen Krisengebieten keinen Zugang zu bedürftigen Bevölkerungsgruppen. Ein WFP Bericht aus dem Jahr 2018 unterstreicht, dass bei 20 Fällen von 22 untersuchten WFP- Nothilfeprojekten der ungehinderte Zugang zu den am meisten bedrohten Menschen nicht gewährleistet war.

Humanitäre Diplomatie, insbesondere von außenstehenden, nicht in Krisen involvierten Staaten, ist hilfreich, um auf Konfliktparteien Druck auszuüben und den Appell humanitärer Organisationen nach uneingeschränktem Zugang aktiv zu unterstützen. Hierfür bieten sich Diskussionen und Entscheidungen im VN Sicherheitsrat an, denn dort verabschiedete Resolutionen können den Zugang von humanitären Organisationen enorm beeinflussen, beispielsweise durch Waffenruhen und humanitäre Korridore. Die Krisen in Syrien, im Südsudan sowie im Jemen sind Beispiele dafür wie Verhandlungen im VN Sicherheitsrat dazu beigetragen haben, Möglichkeiten für humanitäre Akteure zu finden, Menschen in belagerten oder aufgrund von Kampfhandlungen schwer erreichbaren Gebieten zu versorgen.

WFP begrüßt ausdrücklich die Prioritäten, die Außenminister Maas für die nichtständige Mitgliedschaft Deutschlands im VN Sicherheitsrat für die Periode 2019/2020 vorgestellt hat, insbesondere den Schwerpunkt, das humanitäre System stärken zu wollen, sowie die Ankündigung Deutschlands, humanitäre Aspekte bei allen Entscheidungen des Sicherheitsrates einfließen zu lassen. Eine bessere Umsetzung des humanitären Völkerrechts zu sichern, humanitäre Helfer und Helferinnen zu schützen, sowie humanitären Zugang zu gewährleisten, sind wichtige Voraussetzungen für effektive humanitäre Nothilfe. Auch befürwortet WFP Deutschlands' Einsatz für die Bewältigung wie auch die Prävention von Konflikten sehr. Konflikte sind einer der entscheidenden Katalysatoren für die Verbreitung von Ernährungsunsicherheit und Hunger, und die VN Resolution #2417 erkennt an, dass Friedensförderung ein unerlässlicher Beitrag für die Bekämpfung von Hunger ist.





Um humanitäre Diplomatie wirksam zu gestalten, ist eine enge Einbindung humanitärer Akteure unabdingbar, da sie mit den Gegebenheiten und Herausforderungen vor Ort eng vertraut sind. Diese Einbindung kann auf mehreren Ebenen stattfinden, sowohl auf nationaler Ebene (beispielsweise durch Anhörungen/Briefings von Experten in parlamentarischen Ausschüssen wie dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe) als auch in internationalen Gremien einschließlich dem VN Sicherheitsrat.

WFP schätzt insbesondere die Gelegenheiten, sich durch direkte Berichterstattung beim VN Sicherheitsrat einzubringen, um direkt über die Krisenkontexte, WFPs Einsatz und Herausforderungen berichten zu können. Dazu erhoffen wir die Unterstützung der Bundesregierung.

Zudem begrüßt es WFP sehr, dass das Auswärtige Amt auch auf technischer Arbeitsebene regelmäßige Treffen zu den größten Krisen organisiert, bei denen verschiedene humanitäre Organisationen ihre Anliegen und Herausforderungen darstellen können mit der Bitte, dass Deutschland diese in seine politischen/diplomatischen Initiativen rund um die Stärkung des humanitären Systems aufnimmt und weiterführt.

---

*Frage B2. Die Digitalisierung gewinnt auch im Bereich der humanitären Hilfe immer stärkeren Einfluss. Welche Potentiale, aber auch Risiken, ergeben sich daraus für die Humanitäre Hilfe und ihre Zielgruppen? (SPD)*

Die humanitäre Hilfe wird zunehmend von der Digitalisierung und der Vernetzung der Welt beeinflusst. So wird das klassische Bild der humanitären Hilfe von Nahrungsmittelverteilungen, vor denen sich langen Schlangen bilden, mittlerweile durch andere Transferformen, wie den Einsatz von Bargeld und Gutscheinen ergänzt.

Im Gleichschritt mit der zunehmenden technologischen Entwicklung der Welt bietet der Zugang zu digitalen Instrumenten und Dienstleistungen neue Möglichkeiten für eine effizientere, transparentere und rechenschaftspflichtigere humanitäre Hilfe. So trägt Innovation etwa dazu bei, schnelleres Handeln durch die Verfügbarkeit genauerer Informationen zu ermöglichen, Katastrophen besser vorzusehen und sich genau auf sie vorzubereiten. WFP engagiert sich in der Testung und Einführung für Endanwender sowie der schrittweisen Skalierung neuer Ideen, sei es, um Daten per SMS aus unzugänglichen Gebieten zu sammeln, die Iris-Scan-Technologie zur Identifizierung von Bedürftigen einzusetzen, oder aber mit Hilfe von Apps z. B. den Ernährungsstatus eines Kindes per 3D Scan zu erkennen. Mit dem cloud-basierten System SCOPE etwa verwaltet WFP die digitalen Identitäten und managt Leistungsansprüche der Menschen, die Hilfe benötigen, für alle Transfermodalitäten, sei es Sach- oder Geldtransfers (cash-based transfers - CBT), für eine Vielzahl von Projektaktivitäten. Das System ermöglicht eine persönlichere Unterstützung und gibt Bedürftigen, die bei Geburt nicht offiziell angemeldet wurden, durch die digitale Registrierung auch Zugang zu anderen Dienstleistungen.

Mithilfe der Bundesregierung hat WFP durch die Arbeit des Innovation Accelerators in München z. B. das Projekt „Building Blocks“ umgesetzt, das Bargeldtransfers durch Anwendung der Blockchain-Technologie effizienter, sicherer und transparenter gestaltet. Dabei verschlüsselt WFP – wie auch bei allen anderen Datenübermittlungen - die Blockchain-Daten zusätzlich, sodass nur ein Token, aber keine Details übertragen werden.

Neben der Einführung neuer Technologien sind auch Anpassungen von operationellen und programmatischen Abläufen wichtig. Dabei stehen die direkte Einbeziehung der Menschen, die Hilfe



bekommen, die enge Zusammenarbeit mit Partnern und Regierungen sowie die Datensicherheit im Zentrum der humanitären Hilfe. Der Schutz vor Missbrauch von Technologien und Daten insbesondere der am stärksten gefährdeten Personen hat höchste Priorität. Die Ausweitung des *do-no-harm*-Konzepts auf digitale Arbeitsweisen muss deshalb bei der Digitalisierung mitgedacht werden.

Um digitale Risiken zu minimieren, unterstützt WFP die Prinzipien für digitale Entwicklung, die Leitlinien zur erfolgreichen Anwendung von digitalen Technologien in Programmen darstellen. Da die Anwender von Technologien im Fokus humanitärer Hilfe stehen, gehören hierzu etwa der spezifische Kontext, die Kultur, das Verhalten und die Erwartungen der Menschen, die direkt mit der Technologie zu tun haben, zu berücksichtigen und in die Projektentwicklung und den Projektzyklus mit einzubeziehen.

Neben der Aufklärung der Hilfeempfänger zu Datenerhebungen sind eigene Sicherheitsrichtlinien im Umgang mit Daten zum Schutz von vertraulichen, personenbezogenen Informationen vor unbefugtem Zugriff und Manipulation durch Dritte sowie zur Wahrung der Privatsphäre und Würde des Einzelnen nötig.

Hierfür hat WFP zur Erhöhung der Datensicherheit neben der Umsetzung der Prinzipien für digitale Entwicklung auch einen Rat zur Steuerung von Datenfragen (Data Governance Board) für alle Fragen rund um Daten eingerichtet, der von einem Datenmanagementkomitee (Data Management Committee) in der Umsetzung beschlossener Richtlinien unterstützt wird. WFP nutzt Technologien stets mit einem menschenzentrierten Ansatz, der die geringstmögliche Menge an Daten sammelt. WFP wendet zudem einen Null-Vertrauen-Sicherheitsrahmen (zero-trust security framework) für die wichtigsten Informationssysteme an: D. h., dass der Datenzugriff durch die regelmäßig überprüfte Rolle des Endnutzers und deren Zweck eingeschränkt wird. WFP führt zudem Cybersicherheitsbewertungen der wichtigsten Finanzdienstleister durch, um Datenlücken zu finden und zu schließen.

Schließlich hat WFP auch umfassende Richtlinien für den Umgang und die Verarbeitung von Daten erlassen, die Datenschutzprinzipien, deren Anwendung, sowie Evaluierungen und Anwendungsmöglichkeiten für die Arbeit im Feld umfassen. Die Prinzipien konkretisieren die rechtmäßige und faire Erfassung und Verarbeitung von Daten, deren spezifizierten/spezifischen und legitimen Zweck, die Datenqualität, die Beteiligung von und Verantwortlichkeit gegenüber den Menschen sowie die Datensicherheit.

---

*Frage B3. Die Stärkung der lokalen Akteure in der Humanitären Hilfe war einer der wichtigsten Reformanliegen des Humanitären Weltgipfels von Istanbul 2016. Welches Fazit ziehen Sie aus den bisherigen Anstrengungen der unterschiedlichen Akteure in diesem Bereich? (SPD)*

Die Vielfalt der humanitären Gemeinschaft ist von zentraler Bedeutung, um die Menschen zu erreichen, die auf Nothilfe angewiesen sind. Lokale Partner spielen eine Schlüsselrolle, da sie über detaillierte und langjährige Kenntnisse der Situation vor Ort verfügen und den kulturellen Kontext kennen. Sie haben meist bereits über lange Jahre Netzwerke aufgebaut und haben so oft bereits einen direkten und von Vertrauen geprägten Zugang zu den Gemeinden.

In langfristigen Krisen können lokale Partner effektiv die Widerstandsfähigkeit von Gemeinden gegen menschengemachte und Naturkatastrophen erhöhen. Auch bei der Schaffung von Grundlagen für Frieden nach Konflikten sind lokale Partner wichtig. Ihr Verständnis über die Dynamiken der lokalen Gemeinschaften ermöglicht es ihnen Ressentiments und möglichen Spannungen adäquat zu begegnen.

Aufbauend auf den Reformbestrebungen des Grand Bargain vom Humanitären Weltgipfel in Istanbul 2016 arbeiten WFP und das Auswärtige Amt eng zusammen, um die Lokalisierung der humanitären Hilfe





voranzubringen. Dazu gehört neben einem Wachstum der Transfers an lokale und nationale Partner auch die Stärkung von Strukturen und Kapazitäten relevanter nationaler und lokaler NGOs, sowie die Inklusion weiterer Akteure, u.a. aus dem Privatsektor. Durch die Vereinfachung und Harmonisierung von Partnerschaftsprozessen soll zudem die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren verbessert werden.

Um Hunger und Ernährungsunsicherheit zu bekämpfen, arbeitet WFP mit einer Vielzahl von Partnern zusammen, darunter Regierungen, Privatwirtschaft, UN-Organisationen, internationale Finanzinstitutionen, Hochschulen, NGOs und zivilgesellschaftliche Gruppen. Die größte Gruppe bilden dabei die mehr als 1.000 NGOs. Dabei profitiert WFP von den personellen, finanziellen und technischen Ressourcen der Partner, ihren Kenntnissen und Informationen in Monitoring, Evaluierung und Analyse sowie ihren Fähigkeiten zur Unterstützung von Programmen und Operationen. WFP wiederum legt einen großen Fokus auf die Stärkung der Kompetenzen von lokalen Partnern in den Bereichen Ernährungssicherheit, Katastrophenvorsorge, Logistik, und Telekommunikation. Gegenseitiges Vertrauen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind hierbei die Eckpfeiler der Partnerschaften.

---

*Frage B4. Wie sollte sich die Bundesregierung in Zukunft sowohl in Berlin als auch vor Ort aufstellen, dass fachliche Expertise dort verfügbar ist, wo sie gebraucht wird und Entscheidungen dort gefällt werden können, wo sie anfallen? (FDP)*

WFP schätzt den derzeitigen Aufbau des Auswärtigen Amtes, der eine enge Rückkopplung für eine effiziente und kohärente Humanitäre Hilfe ermöglicht. Der Austausch zwischen WFP und Deutschland findet auf insgesamt drei Ebenen statt: in Berlin, durch WFPs Exekutivrat in Rom sowie im Feld.

Als Teilnehmer an den Sitzungen des Koordinierungsausschusses für Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes ist WFP, gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt, deutschen NGOs und anderen humanitären Partnern, eng an der Besprechung von Grundsatzfragen, der Abstimmung von Hilfsmaßnahmen sowie einem regelmäßigen Austausch zu übergreifenden Themen wie Katastrophenvorsorge, internationaler Koordinierung oder aber speziellen Krisen beteiligt.

Neben diesem Gremium bieten Treffen von ExpertInnen aus WFPs Zentrale sowie dem Feld mit Ministeriumsvertretern in Berlin, wie auch während der Sitzungen des WFP Exekutivrats in Rom, die Möglichkeit für einen tiefgehenden themen- und länderspezifischen Austausch. Die so aufgebaute Expertise auf zentraler Ebene wird durch Erfahrungen und Gespräche zwischen VertreterInnen der deutschen Botschaften und der WFP Länderbüros im Feld ergänzt, die ihre Berichte wiederum dem Auswärtigen Amt zur Verfügung stellen.

Seit vielen Jahren sucht das Berliner Büro des WFP in Abstimmung mit der Zentrale, dauerhaften Kontakt zu allen relevanten Ausschüssen des Deutschen Bundestags, den Fach-, Haushaltspolitikern und -politikerinnen. Neben schriftlichen Informationen, organisiert das Berliner Büro mit Fraktionen und interessierten Parlamentariern beispielsweise Gespräche mit dem Exekutivdirektor, der Leitung des Berliner Büros oder den Länderverantwortlichen. Zudem werden die Ausschüsse im Vorfeld von Reisen auf die Möglichkeit zu Besuchen von WFP-Projekten hingewiesen.

So ist Deutschland auf allen Ebenen in die operationellen und strategischen Entwicklungen des WFP eingebunden. WFP begrüßt diesen Ansatz der engen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit sehr.



Frage B5. *Wie könnten im Interesse von Transparenz und öffentlicher Rechenschaftslegung die Kriterien für die Mittelvergabe besser dokumentiert werden? Wie kann verhindert werden, dass durch eine zu breite Streuung der Mittel die strategische Ausrichtung der Mittelvergabe leidet? (FDP)*

Die Strategie des Auswärtigen Amtes, eine bedarfsorientierte Mittelverteilung in engem Austausch mit den jeweiligen Organisationen zu gewährleisten, ist sehr begrüßenswert. Die vom VN-System koordinierten humanitären Bedarfspläne (*Humanitarian Appeals*) sowie die humanitären Appelle der jeweiligen Organisationen bilden die Basis der Planung. Die detaillierte Mittelvergabe für WFP und die Aufteilung auf Krisenregionen sowie auf einzelne Länder geschieht im engen Austausch und orientiert sich an den Prioritäten und Bedarfen der Organisation, die fortlaufend aktualisiert werden.

Obwohl die Bundesregierung als zweitgrößter Geber der humanitären Hilfe in großen Krisen wie Syrien, Südsudan, dem Horn von Afrika und Jemen eine sehr prominente Rolle spielt, hat das Auswärtige Amt auch ein spezielles Augenmerk auf „vergessene Krisen“ – eine Bemühung, die sehr positiv zu bewerten ist. Zudem vergibt das Auswärtige Amt vermehrt regionale Förderungen, um den Auswirkungen von Krisen in Nachbarländer entgegenzuwirken. Hierbei wird die Gewichtung der Mittel für das eine oder andere Land WFP überlassen. Dies ist ein Instrument, welches aus Sicht des WFP weiter verstärkt werden sollte, da es zu einer flexibleren Nutzung von Fördermitteln beiträgt.

WFP begrüßt auch, dass sich Deutschland im Rahmen der *Good Humanitarian Donorship* Initiative engagiert und dass das Auswärtige Amt bei der Mittelvergabe auch mit anderen wichtigen Gebern im Austausch ist und deren Planung berücksichtigt, um eine möglichst wirksame Verteilung der knappen Ressourcen *vis-a-vis* der wachsenden Bedarfe zu erlangen. Zudem bleibt ein wichtiger Aspekt der Mittelvergabe, dass weiterhin verschiedene Akteure unterstützt werden, die durch ihr Mandat komplementär zueinander arbeiten, was zu effektiveren und nachhaltigeren Ergebnissen führt. Ein konkretes Beispiel hierfür ist die enge Zusammenarbeit von WFP und anderen VN Organisationen wie UNHCR, UNICEF oder FAO, bei denen Programme im engen Austausch oder gar gemeinsam umgesetzt werden, um die bestmögliche Wirkung zu erreichen. In Somalia z.B. arbeitet WFP im Bereich Mangelernährung und Ernährungssicherheit an einem gemeinsamen Projekt mit UNICEF – eine ausreichende Finanzierung beider Akteure ist deswegen ausschlaggebend, um die Projektziele erreichen zu können.

---

Frage B6. *Wie kann die Humanitäre Hilfe im Sinne des do-no-harm-Konzeptes Konflikten zwischen der lokalen Bevölkerung und Hilfenehmenden präventiv entgegen wirken, vor allem bei einer langfristigen Unterstützung einer großen Anzahl von Menschen? (DIE LINKE)*

Humanitäre Hilfe zielt darauf ab, die von Konflikten und Katastrophen betroffene Bevölkerung so schnell, effizient und effektiv wie möglich zu unterstützen. Es gilt die richtige Hilfe zur richtigen Zeit und auf die richtige Art und Weise zu leisten. Dabei verfolgt die Humanitäre Hilfe das so genannte „do-no-harm“ Prinzip und versucht mögliche Spannungen zwischen der lokalen Bevölkerung und Hilfe suchenden Flüchtlingen oder intern Vertriebenen vorzubeugen. Dies geschieht auf verschiedenen Ebenen. Bereits im Rahmen der Kontextanalysen und Assessments in den verschiedenen Sektoren wie etwa der Ernährungshilfe, werden sowohl die lokalen Behörden und Partner als auch die Betroffenen und aufnehmenden Gemeinden so eng wie möglich in den Prozess eingebunden. Die Auswahl der Zielgruppe findet rein auf Basis von humanitären Bedarfen statt, denn nur so können die humanitären Prinzipien der Neutralität und Unabhängigkeit gewahrt werden.

Auch im Kontext der darauffolgenden Auswahl der Hilfsmodalitäten (z.B. in Form von Nahrungsmitteln bis hin zu Geldtransfers) werden lokale Gegebenheiten und Präferenzen berücksichtigt. Zudem ermöglichen



regelmäßige Evaluierungen der Programme, transparente Öffentlichkeitsarbeit sowie die Einrichtung von Feedback- und Informationsmöglichkeiten für Bedürftige und Aufnahmegemeinden im Zusammenhang mit der Hilfe es, rechtzeitig auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen und Konflikte zu vermeiden.

Besonders bei längerfristigen Programmen oder im Rahmen von langanhaltenden Krisen ist WFP zudem bemüht sicherzustellen, dass die Interventionen auch eine nachhaltige Wirkung für die aufnehmenden Gemeinden haben, durch beispielsweise die Wiederherstellung oder den Aufbau von Gemeinde- und/oder Haushaltsinfrastruktur (Bewässerungssysteme, Dämme, etc).

Diese programmatische Ausrichtung steht im Einklang mit der Idee des Nexus zwischen Humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung. So richten sich verschiedene Programme wie *Cash/Food Assistance for Asset* Maßnahmen, Aktivitäten zur Bekämpfung von Mangelernährung oder auch Schulspeisungen sowohl an die Hilfesuchenden als auch an die aufnehmenden Gastgemeinden, insofern auf beiden Seiten Bedarfe gegeben sind. Ein Beispiel hierfür wäre WFPs Arbeit im Tschad, wo sudanesishe Flüchtlinge und Gastgemeinden durch gemeinsame *Cash/Food Assistance for Asset* Maßnahmen unterstützt werden, um möglichen Konflikten um Ressourcen vorzubeugen und die Verständigung zu fördern.

Auch werden die nationalen Kapazitäten im Rahmen der Katastrophenvorsorge und der sozialen Sicherungsnetze gezielt durch Trainings und Simulationen gestärkt, was wiederum allen – Gastgemeinden und Hilfesuchenden – zugutekommt.

---

### **C) Humanitäre Krisen in verschiedenen Weltregionen**

Frage C1. *Was ist die Ursache für die humanitäre Krise im Südsudan? Ist es wirklich das Klima, wie der Bericht mehrfach suggeriert? (AfD)*

Die humanitäre Lage im Südsudan verschlechtert sich für das Land und seine Zivilbevölkerung kontinuierlich, seit Ende 2013 der bewaffnete Machtkampf zwischen dem Präsidenten und seinem Vizepräsidenten ausgebrochen ist. Die Ursachen für die katastrophalen humanitären Zustände sind vielschichtig. Zu einem Jahre währenden Bürgerkrieg kommen anhaltende Spannungen und Grenzstreitigkeiten mit Sudan, gewalttätige interethnische und interkommunale Auseinandersetzungen sowie Streitigkeiten zwischen staatlichen und nicht staatlichen Gruppen, die zu Vertreibung und Flucht führten. Zudem ist der Südsudan immer wieder von Klimaschocks betroffen wie beispielsweise Dürren und Überflutungen, welche die humanitäre Lage weiter verschlimmern. Die humanitäre Versorgung ist besonders in den Bereichen der medizinischen Versorgung, Nahrung, Lebensgrundlagen, Notunterkünften, Wasser und Sanitärversorgung sowie Hygiene unzureichend. Zudem sind der Schutz der Zivilbevölkerung und der humanitäre Zugang zu hilfsbedürftigen Menschen durch die Kampfhandlungen stark eingeschränkt. Die Zahl, der infolge der genannten Gründe vertriebenen SüdsudanInnen beläuft sich auf 4,1 Millionen Menschen, von welchen 1,9 Millionen intern vertrieben sind.

Trotz ausgedehnter Ackerflächen, ungenutzter Wasservorkommen, großer Viehbestände und Fischvorkommen haben der Konflikt, der Mangel an Straßeninfrastruktur und Investitionen in die Landwirtschaft dazu geführt, dass mehr als 7 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen sind und Ernährungsunsicherheit weit verbreitet ist. Insgesamt 6,2 Millionen Menschen benötigen akute Nahrungsmittelhilfe (Stand Januar 2019).

Neben lebensrettender und längerfristiger Ernährungshilfe wie bsp. Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, Projekte zur Verbesserung der Gemeinde-Infrastruktur und der Nutzung natürlicher Ressourcen, sowie Schulspeisungen, ist WFP auch für die Bereitstellung des Humanitären Luftdienstes der



Vereinten Nationen (UNHAS) verantwortlich, welcher dem gesamten humanitären System dient. Auch der von WFP geführte Logistik-Cluster erbringt wichtige Dienstleistungen, wie Koordinations- und Informationsmanagement, den Transport und die Lagerung humanitärer Hilfsgüter. Nur so kann auch Hilfe für abgelegene, schwer zugängliche Gebiete gewährleistet werden.

---

*Frage C2. Was ist die Ursache für die humanitäre Krise im Jemen? Warum nennt der Bericht keine Gründe? (AfD)*

Jemen leidet unter der schlimmsten humanitären Krise der Welt, von der mehr als 24,1 Millionen Menschen betroffen sind. Der Ausbruch bewaffneter Kämpfe zwischen Rebellen und einer die Regierung unterstützenden Militärkoalition mit Tausenden Toten und Millionen Vertriebenen in 2015 hat die Situation der Zivilbevölkerung in einem der ärmsten Länder des arabischen Raums weiter verschlechtert und 3,3 Millionen Menschen intern vertrieben. Etwa 20 Millionen Menschen – 70% der Bevölkerung – leiden Hunger und 3 Millionen Kinder und schwangere oder stillende Frauen sind akut unterernährt. Gründe für die fatale humanitäre Lage sind neben dem Konflikt auch die weitverbreitete Armut, der Währungsverfall, die Abhängigkeit von Importen (90% der Lebensmittel müssen importiert werden), unzureichende logistische Kapazitäten in den Häfen, was die Einführung sowohl von kommerziellen als auch für Hilfsgüter erheblich erschwert, hohe Arbeitslosigkeit und die irreguläre oder ausbleibende Zahlung von Löhnen im öffentlichen Dienst. Die Auswirkungen des Konflikts auf die Infrastruktur des Landes sind verheerend, da Straßen und Flughäfen schwer beschädigt sind.

Die Menschen in Jemen sind deshalb abhängig von der Versorgung durch die humanitäre Gemeinschaft, weshalb die Nothilfe im Jemen WFPs weltweit größte Operation darstellt. Trotz Unsicherheit und erheblicher Zugangsschwierigkeiten zu Menschen, die dringend humanitäre Hilfe benötigen, erreichen WFP und seine Partner zurzeit bis zu 10 Millionen der bedürftigsten Jemeniten und planen 12 Millionen zu erreichen. Zudem wird das gesamte humanitäre System durch den Humanitären Flugdienst der Vereinten Nationen (UNHAS) und die Arbeit des UN Logistik-Clusters unter Leitung des WFP unterstützt. Oftmals können nur so die humanitären HelferInnen und wichtige humanitäre Hilfsgüter im Land bewegt werden.